



Sonia Seymour Mikich

Das große Misstrauen –

weiß die Politik noch, was bei den Bürgern los ist?

Thesen und Gegenthesen.

Elmar Klink

So lautete am Sonntag, 11. 9., das interessante Thema des ARD-Pressclubs, der auch die Wirkung der Partei AfD zum Gegenstand hatte. Unter der Moderation der Chefin vom WDR Fernsehen, Sonia Seymour Mikich, diskutierten renommierte VertreterInnen von Die Zeit, Cicero und Freischaffende, was an Wahrnehmung und Verständnis von PolitikerInnen der Situation im Land vielleicht nicht mehr stimmen oder sogar falsch sein könnte. Mit Frau Seymour-Mikich hat man es sicher mit einer Medien-Repräsentantin der besonneneren und klügeren Art zu tun. Nichtsdestotrotz lieferte die Sendung unfreiwillig ein Beispiel dafür ab, dass man die Frage auch um das Wort Medien gut ergänzt haben könnte: wissen es denn die Meinung machenden Medien noch? Im Folgenden sollen in der Diskussion vorgebrachte Argumente und Stellungnahmen in Form von Thesen aufgegriffen und in Gegenthesen auf ihre Gültigkeit hin betrachtet und kommentiert werden.

These: Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern war eine Protestwahl vor allem gegen die etablierte Flüchtlingspolitik.

Gegenthese: Dies war sie wohl nur sehr bedingt. 3 % Flüchtlinge im nordöstlichen neuen Bundesland, nur 20.000 MigrantInnen in einer Fläche vergleichbar Hessens, deutlich weniger als eine Million abgegebene Stimmen, was nicht einmal der Großstadt Köln entspricht, wovon jede fünfte eine für rechts war, können als Argument kaum dafür erhalten, dass man bei der Masse der WählerInnen ein gravierendes „Überfremdungs-Problem“ hätte. PolitikerInnen haben jedoch nach der Wahl genau dies als Grund für ihre z. T. hausgemachten Niederlagen vorgeschoben und die Medien haben es als überlagerndes bundespolitisches Thema hochgespielt und den spektakulären Fokus darauf gerichtet. Alles andere, z. B. die Landes- und Regionalpolitik, die Inhalte

und Strategie der Parteien, die sozialen Belange der Menschen usw., trat in der quotengelenkten Aufmerksamkeit dahinter weit zurück. Man „fieberte“ sensationsgierig geradezu auf ein in Umfragen bereits prognostiziertes neues erdrutschartiges Abschneiden der AfD hin und was dieses an Statements der vom Wähler Abgestraften provozieren würde. Wie nennt man einen solchen Journalismus?

Die AfD verändert die deutsche Politik. Die Parteien sind in einer Identitätskrise.

Ein von PolitikerInnen und den Medien immer wieder gern hervorgebrachtes und in Stellungnahmen bedientes Argument. Politikverdross und Wahlmüdigkeit beim Volk gibt es bekanntlich schon viel länger als die AfD. Im Auftreten der AfD findet das eine Kanalisierung. Der AfD wird, indem sie Themen wie die Flüchtlingspolitik knallhart aufgreift und mobilisierend benutzt (benutzen kann), zugeschrieben, sie treibe damit Medien (in den Augen der AfD „Lügen- oder Pinocchiospresse“) und Politik vor sich her. Getrieben werden - das sei hier betont - immer diejenigen, welche sich treiben lassen. Die AfD verändert nicht in erster Linie die Politik, dies wohl längerfristig irgendwann in einer ersten Rechtskoalition auch, sondern das tut diese in ihrer bürgerlichen Variante schon selbst. Nicht nur die AfD fordert mehr „Innere Sicherheit“, mehr Strafjustiz, mehr Polizei und verschärfte Asylpraxis. CDU-Fraktionsvorsitzender Volker Kauder unlängst: „Wir haben schon das schärfste Asylrecht in Europa“. Als Partei ist die AfD kaum weniger anfällig für Krisen ihrer Identität in Form von Machtkämpfen. Das bezeugte der Parteitag im Sommer 2015 in Essen, als sich der rechte populistische Flügel als bestimmende Kraft putschartig, aber mehrheitsdemokratisch, gegen einen „national-konservativen“ durchsetzte. Denn für das National-Konservative gibt es statt Bernd Lucke, den abgewählten AfD-Vorsitzenden, und seine neoliberalen

Wirtschaftsprofessoren, hierzulande noch immer als Original die Union und besonders die CSU. Das bezeugte auch die offene Spaltung der AfD in Baden-Württemberg trotz zweistelligen Stimmergebnisses bei der Landtagswahl im März 2016. Die inneren Widersprüche dieser rechten Parteienkopie aufzuzeigen und kritisch zum Thema zu machen, treten aber gerade die Medien nicht an, weil sie das nicht als ihre Aufgabe ansehen, die sie nur in einer beschreibenden und begleitenden Funktion verstehen.

Die AfD verkörpert ein neues erfrischendes und belebendes Moment in der Parteienlandschaft. Weil sie alles bezweifelt. Sie ist der „Störer am Tisch“, demokratiethoretisch wie die „Hefe im Teig“, eine Gefühls- und Stimmungspartei, die geschickt kalkuliertes Themenhopping betreibt. Dass sie Bewegung ins erstarre Ganze bringt, „ist eine ganz, ganz tolle Entwicklung“ ...

Das Zitat zuletzt aus der Aussage einer DiskutantIn des Presseclubs verwundert. Man hat beim Aufkommen der Piratenpartei seitens der Medien teilweise eine ganz ähnliche Einschätzung und Bewertung abgegeben. Das Interesse an den „Internet-Basisdemokraten“ unter dem schwarzen Banner des Jollie Jogger erlosch dann aber schnell, als diese in Streits sich selbst zerlegten, fraktionierten und gezielt aus der öffentlichen Berichterstattung entfernt wurden. Der Mohr hatte seine Schuldigkeit getan. Endlich jetzt mal neue („rechte“) Töne im Äther? Die AfD-Töne sind jedoch keineswegs so neu. Die NPD vertrat in den 60er-, 70er Jahren, als sie zu Große Koalitionszeiten stark wurde, viele ähnliche Positionen, ebenso die Republikaner (REP) später in den 90er Jahren nach der Wende und deutschen Vereinigung, als sie ihre Blütezeit hatten. Die AfD ist ein vor dem Hintergrund aktueller politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen ins Rechtspopulistische sich kleidender Aufguss von schon länger Bekanntem und Vorgedachtem. Und

sie ist damit weit erfolgreicher als ihre Ahnen. Viele, die heute in ihr das Wort führen, kommen wie Gauland oder Höcke aus der CDU, sind professionell erfahren und rhetorisch versiert. Sie erhält großen Zulauf wie man weiß vor allem aus dem gesamten bürgerlich-demokratischen Parteienlager (am wenigsten noch von der FDP und den Grünen) und am meisten dem vergessenen Potenzial der Nichtwählenden, deren 40- bis 50-Prozent-Schweigen man schon unter den ähnlichen amerikanischen Verhältnissen einer noch Eindrittel-Demokratie abgeschrieben hat. Sie ist außer von Stimmungen auch ein Produkt der anderen Parteien, die sich so vehement (noch) von ihr distanzieren. Dass man sich belebende „Bewegung“, wohl im Sinne einer „Trumpisierung“, ausgerechnet von einer extrem rechten Partei verspricht, ist ein Armutszeugnis. Kritik vergessener etablierter Medien-Wahrnehmung. Und wehe, wenn der Hefeteig aufgeht.

Die bestehende (herrschende) Politik macht zu wenig Angebote. Die Menschen fühlen sich abgehängt, in ihren Sorgen und Befürchtungen übergangen und vergessen. Sie erwarten eigentlich, dass die großen maßgebenden Parteien handeln, siehe Beispiel Eindämmung des Flüchtlingszustroms.

Man kann dieses zu simple Argument kaum noch hören. Angebot und Nachfrage bestimmen in einer kapitalistischen Wirtschaft den Marktpreis eines Produkts, eines Dings. Das Angebot an „guter korrekter Politik“ ist klein, die Nachfrage durchaus groß. Was bedeutet das als Konsequenz? Der Preis für die „Ware Demokratie“ schnell in die Höhe. Die AfD bringt weniger die Politik durcheinander als vielmehr die Arithmetik ihrer Machtverteilung. Man fürchtet um Pfründe und Stimmprozente, nicht um das richtige politische Entscheiden und Vorgehen in Sachfragen. Immer wieder zwingt die Rechtspartei die beiden großen Parteien auf Landesebene in eine immer weniger von diesen (und den WählerInnen) geliebte Große Not-Koalition, die alle Unterschiede in Positionen nivelliert oder verwischt. In wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen liegen sie nah beieinander. Egal, was man wählt, es kommt immer eine große Koalition heraus. Volker Kauder (CDU) hat schon angekündigt, sich vor der Bundestagswahl 2017 nicht zuerst von Gro-

ßen Koalitionserwägungen leiten zu lassen. (K)Eine Alternative hätte die CDU allerdings nur mit einer starken „Alternative für Deutschland“. Die SPD derzeit wenn, dann wahrscheinlich nur mit der Linken und den Grünen zusammen und selbst das bleibt bei der unwägbar großen Größe AfD ungewiss. Vor allem darum wird sie gefürchtet und ihre Entwicklung mit Argusaugen verfolgt. Schwarz-Grün ist für den Bund keine Option. Dann müsste die CSU auswandern oder über eine grüne Leich' gehen. Oder genauer, auch in anderen Ländern antreten, was genauso unwahrscheinlich und abwegig ist. Sie wird in ihrem volkstümlichen Brezelstüberl bleiben und von dort her in Biertischmanier Richtung Berlin marschieren und agieren und der Kanzlerin von seitlich rechts und hinten das Regierungseheleben mit der SPD schwermachen.

Es ist auf europäischer Ebene eine „Normalität“, dass in vielen demokratischen Staaten wie Italien (Fünf-Sterne-Bewegung), Österreich, Frankreich, Dänemark rechte Parteien und nationales Denken zunehmen. Dass damit gleich die „Demokratie brennt“ ist nicht selbstverständlich (der Vertreter dieser These in der Presseclubrunde wollte wohl zwangsläufig sagen). Wo ist die AfD undemokratisch? Ihre innerparteilichen Prozesse liefen bisher demokratisch legitimiert ab.

Auch die NS-Partei hat seiner Zeit lange den demokratischen Schein zu wahren verstanden. Aber um solchen unzeitgemäßen Vergleich geht es hier nicht. Ein Programm wie „Mein Kampf“, sein Massen manipulierender Moderator, eine faschistische Bewegung und ein einhelliges rassistisches Feindbild fehlen heute, das ist der entscheidende Unterschied. Auch existiert mit Fernsehen, Lokal-TV und Internet eine andere Art der „schnellen“ demaskierenden Öffentlichkeit. Jede/r kann erkennen, welch einfältiges dummes Geseiere ein Rechtspopulist (und überdies schlechter Redner) wie Bernd Höcke absondert. Die Dummheit und Einfalt der Rechten ist noch ihre größte Selbsteindämmung. Was in Bezug auf Flüchtlinge und Zuwanderung abläuft, ist noch weit unter einer faschistischen Schwelle, trägt allenfalls faschistoide Züge, auch wenn die offene Gewalt zunimmt, Heime brennen, Menschen ge- und verjagt werden. Aus guten Gründen erwiesen sich die

Deutschen gegenüber dem Rechtsextremismus bisher weitgehend als immun. Obwohl - und das sei hier mit Nachdruck gesagt - schon vor Jahren eine sozialwissenschaftliche Studie auch in Deutschland ein Potenzial von 20 bis 25 Prozent in der Bevölkerung für rechte bis rechtsextreme Einstellungen und Positionen ausgemacht hat, die die AfD erfolgreich bewirtschaftet. Die oben geäußerte Sicht eines Teilnehmers des Presseclubs ist wiederum der offenbar mangelnden Wahrnehmungs- und Unterscheidungsfähigkeit dessen geschuldet, der sie vorbringt. Über solche Einschätzungen gewöhnen sich Medienvertreter an die Existenz der AfD als Normalität und wollen ihre Informationsklientel daran gewöhnen. Das ist zumindest eine sehr bedenkliche Entwicklung. Diese Ansicht, dass die Existenz der AfD der demokratischen Auseinandersetzung nicht geschadet hat, verkennt völlig, dass sie oft in Tonfall und Gebärde bereits eine Verrohung der Sitten darstellt wie auch der Sprache und Debattenkultur. Das sollte gerade zu denken geben, wenn die, die sie wählen, das hinnehmen ohne sich daran zu stören. Ihr Versuch, Grenzen im Sprachlichen zu verschieben, zeigt sich auch daran, wie gerade mit ihrer jüngsten Äußerung die AfD-Vorsitzende Petry den Begriff „völkisch“ positiv wendet und ihn von rassistischem Beiklang säubern will.

Es gibt in der Bevölkerung einen Widerspruch zwischen schlechter Stimmungslage und guter materieller Lage. Eine aktuelle Umfrage des Instituts Allensbach hat zum Ergebnis, dass eine Mehrheit ihre Situation als gut bis sehr gut einschätzt. Warum sind dann doch viele so unzufrieden? Deutschland wurde lange als Insel der Glückseligkeit gesehen. In Debatten und Diskussionen wurden Probleme weggeredet.

Man kann schlecht guten Gewissens von „gut gehen“ sprechen, wenn in Deutschland zwei Millionen Kinder in Armut aufwachsen müssen und zwischen drei bis fünf Millionen ohne Arbeit oder in prekärer Arbeit sind, die kaum zum Leben reicht, je nachdem, welchen geschönten Arbeitslosenstatistiken und Beschäftigungsdaten aus Nürnberg man Glauben schenken will oder nicht. Also, wozu sollen Umfragen wie solche aus Allensbach dienen? Dass es teilweise große soziale Not gibt, zeigen jedes Mal von neuem die Armutsberich-

te der Wohlfahrtsverbände. Ein modernes Kriegsschiff kostet die deutschen Steuerzahlenden ca. 1 Milliarde Euro. In weit über hunderttausend Fällen werden Hartz IV-BezieherInnen die Bezüge aus Sanktionsgründen gekürzt, die so schon weder den existenziellen Grundbedarf decken noch eine Minimalteilhabe am kulturellen Leben ermöglichen. Man wünscht jedem/jeder PolitikerIn, einmal drei volle Monate lang von rund 400 Euro monatlichem Regelsatz leben zu müssen, davon Strom, Essen, Kleidung, Fahrtkosten, Telefon, Krankheitsfolgekosten, laufende Rechnungen, Reparaturen im Haushalt etc. bestreiten zu müssen, ohne nicht in Schulden zu geraten. Ganz offensichtlich weiß die Politik wirklich nicht, was bei vor allem sozial benachteiligten Millionen Bürgern los ist. Out of work, out of community, solidaire - solitaire. Wenn sie dann protestieren und einer Motzer-Partei wie der AfD ihre Stimme geben, die daran freilich auch nichts ändern würde, im Gegenteil, ist das Flüchtlingsthema schuld. Diese Gleichung ist in der Tat zu einfach. Doch wer kennt schon das unsoziale AfD-Programm.

Es gibt durchaus mediale Selbstkritik. In einem Gastbeitrag in Cicero hat der Chefredakteur der ZEIT, Giovanni di Lorenzo, Bemerkenswertes dazu beigetragen. Da heißt es, man habe zu Anfang zu optimistisch auf die Willkommenskultur geblickt und gesetzt. Man war Akteur. Nicht Beobachter, geriet in Verdacht, mit der Politik unter einer Decke zu stecken. Das war falsch. Und eine Kollegin in der Runde fügt hinzu: Falsch war auch, jede Kritik an der optimistischen Merkelpolitik sofort mit der Nazi- oder Fremdenfeindlichkeitskeule zu behandeln.

Merkels Politik Ende August/Anfang September 2015 der offenen Grenze, als sich in Budapest und Österreich die Massen von Flüchtlingen stauten und sich eine Katastrophe anbahnte, war ein Gebot der Humanität. Dass die Kanzlerin danach Schritt für Schritt davon zurückwich und hinten herum zur Asylrechtsverschärferin wurde, steht auf einem anderen unrühmlichen Blatt. Dies ist nur ein Ausschnitt des Tenors, der im Presseklub anklang. An nicht wenigen Stellen nahm sich das einmütige Gespräch so abgehoben wie kurzichtig wie verwirrend aus. Wer's nicht glaubt, schau es sich jetzt noch in der ARD-Media-

thek an. Di Lorenzo, der sich 2010 in die Hartz IV-Debatte einmischte und bekundete, es finde eine „massenhafte Einwanderung in die sozialen Netze statt“ (massenhaftes Hinausdrängen wäre wohl die zutreffendere Beobachtung), spricht davon, dass die Medien bei der Flüchtlingsproblematik nicht genügend distanzierte Beobachter gewesen, zu „Akteuren“ geworden wären usw. Es wurde zurecht Empathie mit Merkels berühmtem Spruch gezeigt, der dann unkonkretisiert in eine Befürchtung „Das schafft uns noch alle“ mutierte. In der Sozialwissenschaft gibt es nicht nur trockene Zahlenstatistik (der man bekanntlich nur selbst gefälscht Glauben schenken sollte), sondern die Forschungsmethodik der teilnehmenden Beobachtung und des qualitativen Interviews. Interviews in den Medien, vor allem den visuellen, sind oft genug grotteschlecht, formalistisch, oberflächlich und auch noch humorlos. Man könnte auch ohne sie und vielleicht besser auskommen. Kein Politiker Herr „Wöhner“ antwortet noch gehässig einem geschwätzigen ARD-Reporter Herrn „Lüg“, man wisse auf beiden Seiten nichts (Die berühmte cholerisch-nicklige Interview-Szene zwischen Herbert Wehner, SPD und Horst-Dieter Lueg am Abend der Bundestagswahl 1976). Die im Presseclub vertretenen JournalistInnen können nicht so tun, als würden Medien wie FAZ, Die Zeit, Die Welt, Der Spiegel, Focus usw. nicht in die Debatten eingreifen und damit Einfluss ausüben. Sie tun es mit ihren Leitartikeln, Kommentaren und gewählten Schwerpunkten z. T. massiv und vermitteln kaum den Eindruck als wären sie neutral, sozusagen „vierte Gewalt“ im Staat. Sie machen und führen mehr Meinung als dass sie zu ihrer Bildung beitragen würden. Das wäre ihr Auftrag, aber auch die Politikkontrolle und die Pflege von Anstand während dem Disput und Kontroverse. Das schließt durchaus auch Parteilichkeit mit ein, gegen die nichts zu sagen ist.

Es gab Zeiten, da konnte ein politischer Philosoph wie Karl Jaspers den SPIEGEL für seine unbestechliche Qualität loben und sich vor ihn stellen. Diese sind vorbei. Außer Habermas (oder von rechts Sloterdijk) traut sich hierzulande kein namhafter Philosoph eine politische Meinung und Intervention zu, sieht man mal von Populärkommentatoren wie Ri-

chard D. Precht ab. Was würde heute eine kritisch bilanzierende Schrift wie Jaspers' „Wohin treibt die Bundesrepublik“ 2.0 bewirken können und müssen? Wer würde sie verfassen? Es gibt sogar mit Neuem Deutschland und junge Welt zwei durchaus renommierte wie seriöse linke und sozialistische Tageszeitungen, auch sozialistische Monatszeitungen, für die, die sie sich leisten wollen und können. Oft genug wird Meinung aber unterdrückt und diskreditiert, kommt nicht vor und genügend zu Wort, interessiert „die da oben“ nicht. Nachdem die TAZ längst in der angepassten bürgerlichen Realität eines grünliberalen Auflagenblatts angekommen ist, bräuchten wir wieder so etwas wie einen autonomen Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten, was einmal der TAZ-Vorläufer war. Die sog. sozialen Medien als überwiegend nutzlose Quasselforen und Spielwiesen für individuelles, ja sogar exhibitionierendes Outing einer Selfie-versessenen Generation, können das nicht ersetzen. Die soziale Lage vieler Menschen taucht als alltäglicher Bestandteil der Gesellschaft nicht auf, oder nur im schwer erträglichen Sensationsberichtsstil von Dokusoaps auf RTL2 (Wenn der Gerichtsvollzieher kommt...; Hilf mir! Jung, pleite, verzweifelt...) oder bestenfalls in Sozialreportagen, wie es eine DiskutantIn des Presseclubs zurecht bemängelte. Das bestehende große Misstrauen in die Politik wird schlecht vermittelt so kaum abgebaut werden können. 

Zum Autor Elmar Klink



Jg. 1953; 1971 Kriegsdienstverweigerung; Zivildienst 1976/77 beim Sozialen Friedensdienst; Studium Sozialarbeit und Sozialwissenschaft; viele Jahre in der Friedensbewegung und Gewaltfreien Aktion aktiv; 17 Jahre beruflich bei der Evangelischen Kirche in der Friedensarbeit als Berater und in der Öffentlichkeitsarbeit tätig; Mitarbeit an politischen Zeitungen; Verfasser von filmkritischen und Zeit-Essays (Dossiers), biograf. Porträts und politischen Aufsätzen, u. a. zum Thema Hartz IV; zur Nelkenrevolution in Portugal 1974/75; 70 Jahre atomare Bedrohung. Atomrüstung, Atompolitik und Kalter Krieg; Entwicklung und Politik der AfD; 30 Jahre Tschernobyl.

Kontakt: Elmar.Klink@gmx.de